

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 287

18. Juni 2003

9. Jahrgang

US-Militärhilfe an Lateinamerika

Seit über einem Jahrhundert unterstützen die Vereinigten Staaten die Sicherheitskräfte und Armeen in Lateinamerika und der Karibik. Ihren Höhepunkt erreichte die US-Militärhilfe während des Kalten Krieges. Auch heute noch besteht eine enge Beziehung zwischen der US- und den lateinamerikanischen Armeen. Was sich seit dem Kalten Krieg hingegen verändert hat, sind die Gründe für diese Unterstützung sowie die Möglichkeiten der Öffentlichkeit, die militärische Zusammenarbeit zu überwachen.

Vom 6.–9. Mai fand in Chiapas, Mexiko, ein internationales Treffen "Gegen die Militarisierung" statt. Mehr als 900 TeilnehmerInnen berichteten über ihre Erfahrungen und Strategien gegen die schleichende oder galoppierende Militarisierung in ihren Ländern. Der nachfolgende Text ist eine Zusammenfassung einer auf der Webseite des Treffens zu findenden Übersicht über die US-Militärhilfe an Lateinamerika. Der Artikel stammt aus dem Jahr 1999, wobei die konkreten Zahlen irrelevant sind und es vielmehr um die Logik und Strategie geht, unter der diese Militärhilfe stattfindet.

Heute läuft die US-Militärhilfe an Lateinamerika und in die Karibik unter unterschiedlichen Namen und Programmen, was es schwierig macht, sich einen Überblick zu verschaffen. Sie wird durch verschiedene Regierungskanäle geschleust, durch zahlreiche Gesetze ermöglicht, durchläuft unterschiedliche bürokratische Prozesse, wird von mehreren Kongressinstanzen überwacht und mit mehr oder weniger Offenheit publik gemacht. Seit den 90er Jahren, als die USA begannen, den Deckmantel ihrer Unterstützung von "Sicherheit" auf "Drogenbekämpfung" umzubenennen, wurden neue Institutionen geschaffen und noch mehr Programme eingeführt, was eine Kontrolle zusätzlich erschwert.

Grob kann unterschieden werden in "traditionelle Militärhilfe", die durch den Kongress verabschiedet wird und entsprechend klare und strenge Richtlinien umfasst, und in Programme, die vom Verteidigungsministerium, dem Pentagon, ausgeführt und finanziert werden. Diese Unterteilung ist mehr als eine gesetzliche Spitzfindigkeit, sie hat auch einen Einfluss auf die öffentlichen Kontrollmöglichkeiten. Noch bis vor kurzem lief die Militärhilfe fast ausschliesslich über das vom Kongress verabschiedete "Gesetz über die Auslandshilfe", z.B. der Waffenverkauf, die Ausbildung von ausländischem Militär, etc. Das Verteidigungsministerium seinerseits finanzierte die Errichtung von US-Militärbasen, den Unterhalt von Infrastrukturen wie der *Escuela de las Américas* (an der zahlreiche lateinamerikanische Foltergeneräle ausgebildet wurden), oder die Ausbildung des *Comando Sur*, einer Eingreiftruppe zur Wahrung der US-amerikanischen Interessen in Lateinamerika. Im Rahmen der "traditionellen Militärhilfe" wird die Unterstützung an Bedingungen und Restriktionen geknüpft. Z.B. an das Zertifizierungsverfahren über Drogen, gemäss dem die Subventionen gekürzt oder gestrichen werden können, wenn ein Land nicht im von den USA angeführten Kampf gegen den Drogenhandel kooperiert. (Guatemala wurde vor kurzem die Zertifizierung entzogen, die Unterstützung jedoch nicht (siehe ;Fijáte! 277), die Red.) Auch Verstösse gegen die Menschenrechte durch Armeen können dazu führen, dass die Entwicklungs- bzw. Militärhilfe gekürzt wird.

Im Gesetz über die Militärhilfe sowie im Waffenausfuhrgesetz gibt es verschiedene Mechanismen und Programme,

die den Verkauf, die Schenkung oder Vermietung von in den USA fabrizierten Waffen begünstigen. Das Programm zum Verkauf von Militärgütern ins Ausland (FMS) ist der Hauptkanal, über den die USA Waffen an ausländische Regierungen verkaufen. Ein Land, das Waffen über das FMS kauft, muss nicht direkt mit dem Waffenhersteller verhandeln. Das US-Verteidigungsministerium fungiert bei diesen Geschäften als Zwischenhändler und verkauft dabei nicht selten gleich noch seine Dienste für Unterhalt und Ausbildung. Gemäss Schätzungen der US-Regierung haben die lateinamerikanischen und karibischen Länder im Jahr 1998 Waffen, Trainings- und Unterhaltsleistungen im Wert von 163 Mio. US-\$ gekauft. Auch der Verkauf von High-tech-Waffen, wie z.B. moderne Jagdflugzeuge, laufen, nachdem im Jahre 1997 ein entsprechendes Waffenausfuhrverbot aufgehoben wurde, über das FMS-Programm.

Bei einem anderen Programm, das den direkten Waffenhandel zwischen Hersteller und Käufer ermöglicht, vergibt das Aussenministerium Lizenzen, ohne jedoch weiter zu verfolgen, was mit den unter diesen Lizenzen verkauften Waffen geschieht. Ein weiteres Programm zur ausländischen Militärunterstützung vergibt Kredite und Darlehen, damit über das obengenannte FMS US-amerikanische Waffen gekauft werden können. Während der 80er Jahre wurde der grösste Teil der Militärhilfe an Lateinamerika über dieses Kreditprogramm getätigt.

Selbstverständlich gibt es auch Ausnahmegesetze, mit denen die US-amerikanische Regierung in "unvorhergesehenen Notfällen" Militärhilfe gewähren kann. Laut Gesetz ist die Bekämpfung des Drogenhandels ein möglicher Notfall solcher Art, wofür das Verteidigungsministerium jährlich bis zu 75 Mio. US-\$ einsetzen kann. Der Kongress hat keine Einflussmöglichkeit auf diesen Fonds, daraus getätigte Ausgaben müssen jedoch 14 Tage im Voraus angemeldet werden. Im Jahre 1998 gingen 600'000 US-\$ aus diesem Fonds nach Guatemala, über 41 Mio. nach Kolumbien.

Ein weiteres Gesetz regelt den Verkauf bzw. die Schenkung gebrauchter Militärutensilien an ausländische Ar-

meen. 1997 bot man den lateinamerikanischen Ländern, speziell Argentinien und Mexiko, gratis und franko gebrauchte Militärutensilien im Neuwert von mehr als 87 Mio. US-\$ an.

Mit dem Programm zur Förderung der Aus- und Weiterbildung ausländischer Militärs (IMET) wird Personen aus über 110 Ländern eine Ausbildung in 150 verschiedenen Militärakademien angeboten. Eine davon ist die bekannte *Escuela de las Americas*. Mit diesem Programm werden auch US-amerikanische Militärberater in die ganze Welt exportiert, um Kriegsführung zu lehren. Ein Unterprogramm des IMET bietet Kurse in nicht-kombatanten Fächern an, wie Administration (von Militärbudgets), Umgang zwischen Militär und Zivilbevölkerung oder Gesetzesanwendung. Diese Kurse stehen in Ausnahmefällen auch ausländischen ZivilistInnen offen.

Obwohl sein Budget von der traditionellen Militärhilfe getrennt ist, hat das Pentagon immer eigene Ressourcen für die Kooperation mit lateinamerikanischen Armeen ausgegeben. Die US-amerikanischen Militärbasen, die regelmä-

sigen gemeinsamen Militärübungen sowie die Entsendung von Truppenkontingenten haben den Kontakt zu den lokalen Armeen garantiert und den Austausch von Erfahrungen und Technik ermöglicht. Im Rahmen dieser "humanitären Einsätze" werden jährlich über 50'000 US-amerikanische Soldaten nach Lateinamerika geschickt, um Brunnen, Strassen oder Brücken zu bauen. In Guatemala fand zwischen 1999 und 2001 unter dem Namen *Nuevos Horizontes* eine solche "Übung" statt.

Das Pentagon hat seine eigenen Drogenbekämpfungsprogramme, in die in den letzten Jahren zu "Ungunsten" der direkten Militärunterstützung, immer mehr Geld floss. Diese Programme unterscheiden sich nicht sehr von denen der traditionellen Auslands- bzw. Militärhilfe, unterstehen aber noch weniger einer Kontrolle als jene. Seit der US-amerikanische Kongress 1989 das Pentagon mit der Drogenbekämpfung beauftragt hat, wird nun diese Form von Militärhilfe direkt aus den Töpfen des Pentagon finanziert.

Schlussfolgerung: Dieser Streifzug

durch die US-amerikanischen Militärhilfeprogramme zeigt, dass auch über zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges eine enge und aktive Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen und karibischen Armeen besteht. Besorgniserregend ist, dass es fast keine Kontroll- und Überwachungsmechanismen gibt, weil die Unterstützung auf unterschiedlichen Ebenen und unter verschiedenen Namen läuft. Dies führt dazu, dass kontroverse Militäroperationen – wie grosse Truppenverschiebungen, fragwürdige Trainingshandbücher oder ganze Programme – über Jahre hinweg im Verborgenen stattfinden können. Es ist nicht nur unbekannt, WORIN die US-amerikanische Militärhilfe besteht, sondern man weiss auch nicht, AN WEN genau sie geht.

Und was nach dem Kalten Krieg als eine fragwürdige Politik gegolten hat, bekommt mit dem "Kampf gegen den Terrorismus" eine neue Legitimation. Es ist also davon auszugehen, dass mindestens die Zahlen in diesem Artikel längst überholt sind und nach oben korrigiert werden müssen.

Frauen gegen die Militarisierung

Aus der Schlussresolution der Frauen des Treffens "Gegen die Militarisierung",

6.- 9. Mai, Chiapas, Mexiko

Wir, die an diesem Treffen anwesenden Frauen, sprechen uns entschieden gegen die militärische Invasion der Vereinigten Staaten im Irak aus, gegen die Massaker in Palästina, gegen die Drohungen gegen den Irak, Syrien, Nordkorea, Kolumbien und Kuba.

Diese Kriege sind Ausdruck der imperialistischen und patriarchalen Gewalt, übergehen die Resolutionen der UNO und enden in Straflosigkeit. Getarnt wird die militärische Umsetzung des Neoliberalismus, die wirtschaftliche Ausbeutung und der Raub unserer Ressourcen mit einem Diskurs über Demokratie und Menschenrechte. Damit wird versucht zu überdecken, dass es sich um eine Militarisierung der besetzten Zonen handelt, um amoralische und illegale Aktionen, deren Ziel die Kontrolle der Energiequellen und die Unterwerfung der Völker unter ihre imperialistischen Interessen ist.

In allen Kriegen ist es eine Strategie der Aggressoren, die Frauen als Objekt und Ziel zu missbrauchen, ihre Qualität als Mutter und Partnerin auszunutzen, um damit Kontrolle und Terror über die Bevölkerung auszuüben. In Zentralamerika sind viele Frauen verschwunden, wurden dazu gezwungen, ihre Männer und Söhne zu denunzieren, sie zu kastrieren, zuzuschauen, wie ihre Kinder mit Steinen erschlagen wurden. Tau-

sende Frauen wurden in diesen Kriegen vergewaltigt. In den "Kriegen niedriger Intensität" wurde Gewalt gegen Frauen ausgeübt, um den Widerstand aller Oppositionellen, die sich gegen die Ungerechtigkeit wehrten, zu brechen.

Die Militarisierung, der Terror und das Aufzwingen einer Kultur des Krieges beeinträchtigt unseren Alltag und unser Bewusstsein. Wenn ein Land unter militärischer Herrschaft steht, hat das Vertreibungen, Spaltung der Organisationen und Gemeinden, Exil und wirtschaftliche Abhängigkeit zur Folge. Die militärische Präsenz in den Städten und Dörfern spitzt bereits bestehende Krisen zu, wie Alkoholismus, Prostitution, sexuelle und häusliche Gewalt, Probleme, unter denen in erster Linie die Frauen zu leiden haben.

Während Jahrhunderten waren Frauen am Aufbau des Friedens beteiligt, an der Wiederherstellung sozialer, politischer und kultureller Gefüge innerhalb und zwischen unseren Gemeinden. Der Krieg fordert aber auch die politische Beteiligung der Frauen, die Entwicklung unseres Bewusstseins. Dabei zeigt sich die Notwendigkeit, dass wir uns als Subjekte der notwendigen Veränderung verstehen, um eine würdevolle und gerechte Welt zu erreichen.

Die Frauen waren und sind wichtig im Kampf gegen die Militarisierung, wie

es die zapatistischen Frauen zeigten, die mit ihren Körpern eine Mauer bildeten, damit das Militär nicht in ihre Dörfer eindringen konnte. Oder die Frauen in Puerto Rico, deren Beteiligung am Widerstand gegen die US-Militärbasis in Vieques entscheidend war für deren Abzug nach mehr als einem halben Jahrhundert Besatzung.

Deshalb sagen wir:

- Nein zur Militarisierung und Kriegen, die nach dem Prinzip des Stärkeren funktionieren und eine imperialistische und patriarchale Ordnung einführen wollen.
- Nein zur Militarisierung, weil sie eine Form von Staatsherrschaft ist, die die Bevölkerung ihren kapitalistischen und neoliberalen Interessen unterwirft.
- Nein zur Militarisierung, weil wir Frauen nicht länger bereit sind, uns den Interessen der herrschenden Klassen und Regierungen zu unterwerfen, die uns als Bürgerinnen zweiter Klasse betrachten und unsere Rechte missachten.
- Nein zur Militarisierung, weil wir Frauen andere Beziehungsformen aufbauen und keine Opfer von Gewalt und Armut sein wollen.

Seit Jahren haben wir gesagt, dass das Persönliche politisch ist, nun sagen wir, dass das Politische persönlich ist, dass Kriege uns etwas angehen und wir deshalb NEIN sagen zu Krieg und Militarisierung!

Die alltäglichen Konsequenzen der Militarisierung

Guatemala, 4. Juni. Eine von allen TeilnehmerInnen geteilte Schlussfolgerung des Treffens "Gegen die Militarisierung" in Chiapas war laut der Guatemalteskin Vicenta Matías, Vertreterin der Frauengruppe *Ixmucané*, dass die Zivilgesellschaft in den lateinamerikanischen Ländern nach wie vor unter der Herrschaft des Militärs steht. In vielen Ländern verschwinden noch heute Menschen, BauernführerInnen werden gezielt entführt oder bedroht, Repression und Gewalt sind die Mittel paramilitärischer Gruppen, die Bevölkerung in Schach zu halten.

Doch nicht immer drückt sich diese Herrschaft in direkter Waffengewalt aus. Laut Matías konnten die Armeen ihre Macht vergrössern, indem sie sich in Regierungsgeschäften eingeschlichen und Aufgaben übernommen haben, die ihnen im Grunde nicht zustehen. Unter dem Vorwand, die Bevölkerung vor Gewalt und Kriminalität zu schützen, übernahmen sie Polizeifunktionen oder kontrollierten und eigneten sich Naturgebiete an mit der Begründung, den Drogenhandel in den Griff bekommen zu wollen. Als Beispiel für diese schleichende Militarisierung nennt Matías Guatemala, wo das Militär Aufgaben im Bereich Naturschutz, Erziehung und Landwirtschaft übernimmt und somit die zuständigen staatlichen Institutionen schwächt oder gar unterläuft.

Dass diese Militarisierung in der Bevölkerung Fuss fasst und den Alltag prägt, zeigt eine Untersuchung des Instituts *Erziehung zur nachhaltigen Entwicklung* (Iepades). Gemäss Statistiken

von *Iepades* sind im Jahr 2002 in Guatemala 75% aller Morde durch Schusswaffen begangen worden, im Vergleich zu 1999, wo es "nur" 69% waren. Auch die Verletzungen durch Stichwaffen nahmen zu. Die Institution lanciert im Rahmen einer weltweiten Aktionswoche die Kampagne "Hände weg von der Gewalt – Hän-

de weg von den Waffen". Dieses Programm hat zum Ziel, einerseits die Bevölkerung auf das Thema zu sensibilisieren, andererseits fordert es aber auch auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene die Eindämmung des Waffenhandels und die Einhaltung der entsprechenden Abkommen und Verbote.

Garaus der Kaffeekrise

Guatemala, 2. Juni. Nach zahlreichen Formalitäten und Aktivitäten, die von Seiten der BäuerInnenorganisationen vorangetrieben worden waren, hat die Regierung letztendlich mit der Vergabe von finanziellen Mitteln für den *Sozialen Notstandsplan wegen der Kaffeekrise und der Agrarproblematik* begonnen, gab die *Plataforma Agraria* bekannt. Diese ist ein multisektorielles Bündnis von landwirtschaftlichen Gruppierungen, Studienzentren und Begleitgruppen. Bereits im April 2002 legte sie dem Regierungskabinett einen Massnahmenkatalog, "Kaffee-Reform" genannt, vor, um die dringend zu lösenden Probleme anzugehen, die aufgrund des internationalen Preissturzes des Kaffees entstanden waren. Der Vorschlag beinhaltet u.a. die Bereiche Ernährungssicherung, Landwirtschafts- und Arbeitsbranz sowie den Zugang zu Land und zu anderen Ressourcen.

Mittels eines Regierungsbeschlusses erklärte Präsident Portillo im Dezember schliesslich für sechs Monate den Notstand. Seitdem nahmen die Organisationen der *Plataforma* an der Erarbeitung eines Sozialplans teil, für dessen Ausführung 210 Mio. Quetzales von der Regierung veranschlagt wurden. Doch erst nach wiederholten Forderungen und den Drohungen, dass die BäuerInnen sowohl das Agrarministerium als auch die von ihnen benötigten Felder einfach besetzen und mit den aufgrund des Klimas und des beginnenden Regen notwendigen Pflanzungen und der Aussaat anfangen würden, zahlte die Regierung nun die ersten 15 Mio. Quetzales, mit denen 4'180 Familien von den 40'000 bedürftigen in den Departements Quetzaltenango, San Marcos, Quiché und Sololá unterstützt werden können. Wegen der Schwerfälligkeit und Ineffizienz des Prozesses fordert die *Plataforma* die Verlängerung des Programms um weitere sechs Monate.

In Panama beschlossen derweil die Landwirtschaftsminister aus elf lateinamerikanischen Ländern, in denen Kaffee produziert wird, Aktionen zur Konsumförderung dieses Produktes zu starten, die Qualität der Bohnen zu steigern und die Produktion zu limitieren. Damit wollen sie für neuen Aufschwung in diesem Sektor sor-

gen. In ihrer Erklärung fordern sie die zuständigen nationalen und internationalen Institutionen auf, Abstand von einer Erweiterung der "Kaffeegrenze" zu nehmen. Zu den "Kaffeeländern" Lateinamerikas gehören Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama und die Dominikanische Republik.

Unterdessen häuften sich im Mai die Nachrichten über die Gefahr für 800 Gemeinden im Alta Verapaz, dem Hunger nicht entgehen zu können. Die hohen Lebenshaltungskosten, die verbreitete Arbeitslosigkeit und der Mangel an angemessenen Löhnen seien Folge sowohl einer fehlenden Politik als auch eines fehlenden Engagements von Seiten der Regierenden, so Marta Max, Direktorin des Frauenrates von Guatemala (CMG) mit Sitz in Cobán, Alta Verapaz.

Eine Studie der *Sozialen Pastore* von Cobán stellte vor wenigen Jahren fest, dass die Arbeitenden auf den Fincas 10 Centavos (ca. US-\$ 0,012) am Tag verdienen. Obwohl diese Ergebnisse grosse Erschütterung hervorgerufen hatten, habe sich an der Problematik nichts verändert, so Max. Die Klimaveränderungen, die sowohl die starke Trockenheit als auch die heftigen Regen mit sich brächten, zerstörten die Ernten. Auch die Kultur des *Machismo* trüge laut Max ihre Schuld zum hohen Grad der Unterernährung in einigen Gemeinden bei. Denn obwohl sowohl die Frauen als auch die Kinder gemeinsam mit den Männern auf den Feldern arbeiteten, würden sie für weniger wert erachtet und erhielten weniger Nahrung, meint die Präsidentin der CMG. Sie bedauert, dass einige angebliche Wohlfahrtsorganisationen die Unterernährung in Guatemala als Show nutzten, um Mitglieder zu gewinnen und ihr Gewissen zu bereinigen. Mit einem Kind auf dem Arm liessen sie sich fotografieren und vergessen diese doch schnell. Max lud die Parteivorsitzenden zu einer Reise zu den verborgenen Orten des Landes ein, um die Realität der ländlichen Gebiete besser kennenzulernen und sich dazu zu verpflichten, wirklich u.a. den vielen Kindern zu helfen, die die Tage verbrachten, ohne zu wissen, was ein Stück Tortilla oder Brot sei.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treock

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Korruption im Sozialversicherungswesen

Guatemala, 9. Juni. Am 22. Mai ist in Guatemala erneut eine Korruptionsbombe geplatzt: Rund 30 Mio. US-\$ sind aus dem Pensionsfonds der Sozialversicherung IGSS "verschwunden". Seit der Skandal vor gut zwei Wochen öffentlich wurde, jagen sich die gegenseitigen Anschuldigungen der Verantwortlichen, die Kritik an der Regierung, tatenlos zuzuschauen, bzw. falsch einzugreifen und die Gerüchte darüber, wer wohl auch noch alles in den Betrug involviert ist. Alles ist ziemlich undurchsichtig und verwischt, doch gibt es ein paar Details, die zum Nachdenken Anlass geben:

Im IGSS werden Pensionsgelder in Höhe von 7 Milliarden US-\$ verwaltet, womit jährlich etwa 130'000 PensionärInnen versorgt werden. Das IGSS gilt als einer der grössten Investoren im Lande, der traditionellerweise das Geld bei nationalen Banken angelegt hatte, die z.T. bis zu 12% Zinsen zahlten. Seit der aktuelle Vorstandspräsident der Institution (und Mitglied der Parteiführung der Regierungspartei FRG), Carlos Wohlers, sein Amt übernommen hatte, nahm eine neue Investitionspolitik Einzug ins IGSS. Es wurde nun immer mehr Geld im Ausland angelegt, eine Entwicklung, die parallel zu einer Senkung der nationalen Zinssätze erfolgte. Im Oktober 2002 wurde der damalige IGSS-Geschäftsführer, César Sandoval, vom Vorstand damit beauftragt, Pensionsgelder in zwei Wohnungsbaufonds der Banken *UNO* und *Banrural* anzulegen. Anfang Mai nun wurde bekannt, dass mit einem Teil dieses Geldes Grundstücke zu völlig überhöhten Preisen von vier *off-shore*-Unternehmen abgekauft wurden, die das Geld in Panama anlegten. Nun ging die Gerüchteküche los: Hinter einer dieser *off-shore*-Firmen stehe Gustavo

Adolfo Herrera Castilla, einer der Financiers der letzten FRG-Wahlkampagne. Hinter einer anderen Firma stünden die Brüder von Generalstaatsanwalt Carlos David de León Argueta. Und weiter: Der Ex-Geschäftsführer des IGSS, Sandoval, sei Besitzer luxuriöser Villen und ebensolcher Autos und hätte wegen Visafälschung in den USA zwei Jahre im Gefängnis gesessen.

Der Skandal führte dazu, dass Vizepräsident Francisco Reyes López die Intervention des IGSS veranlasste, das heisst, es unter staatliche Aufsicht stellte. Präsident Portillo war, wie so oft bei grossen Skandalen, zu dieser Zeit gerade im Ausland, wobei er in Argentinien unter anderem einen Ehrendokortitel entgegennahm. Anlass für diesen gab sein unermüdlicher Einsatz für den Frieden und gegen das organisierte Verbrechen...

Als Folge der Intervention wurde vorübergehend der Vorstand des IGSS aufgelöst, in dem VertreterInnen der Regierung, der Universität San Carlos, dem Ärztekolleg sowie der ArbeitnehmerInnen und -geberInnenverbänden vertreten sind. Reyes López schlug die aktuelle IGSS-Geschäftsleiterin, Blanca Odilia Alfaro Guerra, vor, um die Intervention zu leiten, was diese jedoch ablehnte. Überhaupt löste die Rechtmässigkeit der Intervention hitzige Debatten aus: Eine autonome Institution wie das IGSS könne gar nicht von der Regierung interveniert werden, war die Meinung der einen. Das IGSS sei schon immer ein Spielball der Politik gewesen; dass die Autonomie nie gewährt war, sei mit ein Grund, dass dieser Skandal überhaupt geschehen konnte. Und wenn jetzt die Regierung eine Person zur Überwachung des IGSS bestimme, sei das nicht mehr als eine Farce, ar-

gumentierten die anderen. Anfang Juni wurde die Intervention vom Verfassungsgericht als ungültig erklärt und Jorge Pérez als neuer Vorstandspräsident des IGSS eingesetzt. Dies löste von Seiten verschiedener Kreise wiederum Kritik aus. Pérez war stellvertretender Leiter der Intervention und früher Pressesprecher der Regierung, also eng mit der FRG verbunden.

Erstaunlich ist, dass der Millionenbetrug quasi unter den Augen der Staatsanwaltschaft geschehen konnte. Im Dezember 2002 forderte die Kongressabgeordnete Anabella de León eine Untersuchung über die Gründung eines Wohnbauförderungsfonds des IGSS. Generalstaatsanwalt de León Argueta bestätigte, dass Untersuchungen gemacht worden seien, doch habe man nichts Auffälliges entdeckt.

Ein Teil der Konten, auf denen das Geld aus dem IGSS liegen, konnten gesperrt werden, unklar ist aber noch, ob das Geld dem IGSS zurückgegeben werden kann, oder ob es im Laufe der Untersuchungen konfisziert wird. Aktuell sind 23 Haftbefehle ausgestellt, unter anderem gegen den gesamten Vorstand des IGSS und den ehemaligen Geschäftsführer César Sandoval.

Der Betrugskandal im IGSS wird wohl noch einige Monate lang die Gemüter bewegen. Doch scheint es, dass sich vor allem die JournalistInnen für die Geschichte interessieren. Erstaunlicherweise ist der Protest der Oppositionsparteien oder der Bevölkerung, die ja brav jeden Monat ihren Beitrag ans IGSS leisten, sehr verhalten. Und dies, obwohl die Leute am eigenen Leib erfahren, dass der Service in den Spitälern und Gesundheitszentren des IGSS miserabel ist und die Pensionen nicht zum Überleben ausreichen.

Wer will noch, wer hat nicht mehr?

Guatemala, 4. Juni. Einige Regierungsabteilungen haben in den ersten vier Monaten bereits mehr als 50% ihres Jahresetats ausgegeben. Von daher überraschen die erneuten Millionen-Transfers kaum, die die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) in ihrem vierten Bericht über die staatliche Haushaltsführung benennt. Es ist auch nicht das erste Mal, dass der *Präsidentiale Generalstab*, der seit Dezember schrittweise aufgelöst wird und bis Oktober gar nicht mehr existieren soll, das Verteidigungsministerium und das *Präsidentiale Sekretariat für Soziale Kommunikation* zu den "Grosszügigen" gehören. Die tatsächlichen Zahlen lassen dennoch schlucken, verzeichnet doch z.B. das *Sekretariat für Strategische Analysen* (SAE) von Januar bis April laut GAM-

Bericht Ausgaben von über 87,64% des Jahresbudget.

Mario Polanco von der GAM hält dem Verteidigungsministerium zu Gute, signifikante Schritte in Richtung "Enthaltbarkeit" bei den Militärausgaben getan zu haben. Dazu gehören die Abschaffung von finanziellen Sonderleistungen an ehemalige Generäle und die Schliessung der Militärzone in Cuilapa, Santa Rosa.

Neben der Befürchtung des GAM-Aktivisten, dass im Zuge der Haushaltsregulierung dennoch die militärischen Abteilungen finanzielle Zuschüsse erhalten, hegt er die Sorge, dass anlässlich der anstehenden Wahlen v.a. jene präsidialen Ressorts mit Überweisungen beglückt werden, die für die Durchführung von Projekt- und Baumassnahmen beauftragt

sind. So hat das *Sekretariat für die Unterstützung der Gemeinden* in der fraglichen Zeit ihre Ausgaben um 25% erhöht. Die FRG darf nun hoffen, dass die Begünstigten ihr für die öffentlichen Wasserhähne mit ihrer Stimme am 9.11. danken. Eine Erweiterung des Staatshaushaltes war generell zu erwarten. Mit den nun genehmigten 693,2 Mio. Quetzales steigt das Gesamtvolumen des Staatsetats 2003 auf über 30 Mrd. Fast 50 Mio. gehen auf das Konto für Staatsverpflichtungen, 374,6 Mio. auf das des *Fonds für Sparschutz*, 182,8 Mio. sind für das Kommunikationsministerium, während 75,1 Mio. an die departamentalen Entwicklungsräte und 11,4 Mio. für den öffentlichen Schuldendienst überwiesen werden.

Kind zu sein ist kein Spass

Guatemala, 6. Juni. Sieben von zehn Kindern werden in guatemaltekischen Krankenhäusern wegen körperlicher Misshandlung behandelt. Diese reiche von Verbrennungen bis zu Knochenbrüchen, so Miguel Angel López von der *Nationalen Kommission gegen Kindesmisshandlung* (Conacmi).

In einer von der Conacmi durchgeführten Studie über 18 Monate registrierten die Spitäler 4'073 entsprechende Fälle. Neben absichtlichen Verbrennungen betreffen 95% der Knochenbrüche den Schädel bzw. sind Schädelhirnverletzungen der Kleinen. Offensichtlich verwechseln viele Eltern, Lehrkräfte oder Verantwortliche "Disziplin" mit "Misshandlung" und wenden strengste Züchtigung in der Erziehung ihrer Schutzbefohlenen an.

Laut López seien die Mütter die häufigsten "Aggressorinnen" gegenüber den Kindern, gefolgt von den Vätern und schliesslich den LehrerInnen. Zu den üblichen Erziehungsmitteln gehörten heisse Bügeleisen, Peitschen und Holzstöcke. Aber auch der sexuelle

Missbrauch, v.a. durch nahe Angehörige, gehöre zum Alltag vieler guatemaltekischer Kinder und ist Tabuthema in der Öffentlichkeit.

Für López ist die Gewalttätigkeit vieler Jugendlicher Ausdruck und Indikator des Missbrauchs, dem die Heranwachsenden von Kindesbeinen an ausgesetzt seien, sowohl von Seiten ihrer Eltern als auch durch ihre soziale und kulturelle Umgebung. Diese Situation behindere den Fortschritt der Demokratie und der Entwicklung des Landes und verwandle sich vielmehr in eine Replik eines autoritären Modells, das Apathie, Gleichgültigkeit, Konformität und Abhängigkeit der Personen im Erwachsenenalter schaffe, so der Kinderrechtsaktivist.

Bedeutsamerweise am *Internationalen Tag der Kinder, die unschuldige Opfer von Aggression sind* erklärte der Kongress das *Integrale Gesetz zum Schutz der Kindheit und Jugend* für rechtmässig, für das AktivistInnen 13 Jahre lang gekämpft haben. Bereits 1999 verabschiedete die Legislative den ent-

sprechenden Kodex. Doch weder trat dieser in Kraft, noch wurde der notwendige Gesetzesrahmen für eine angemessene Anwendung geschaffen. Dies ist mit dem erwähnten Gesetz nun getan, das den "Minderjährigen-Kodex" von 1974, der schon längst nicht mehr der Realität entsprach, ablöst.

Das neue Gesetz besteht aus 265 Artikeln und verfolgt als Hauptziel die integrale und nachhaltige Entwicklung der guatemaltekischen Mädchen und Jungen im demokratischen und uneingeschränkten Rahmen der Menschenrechte. Es legt die Rechte der Schutzbedürftigen fest, darunter das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und ausserdem auf kostenlose Erziehung. Zusätzlich wird in diesem Rahmen die *Nationale Kommission für die Kindheit und Jugend geschaffen*, deren Aufgabe die Formulierung von politischen Ansätzen zu Gunsten der ihr anvertrauten Gesellschaftsgruppe ist. Auch der Umgang mit Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Strafgesetz sollte nun offiziell geregelt sein.

Stopp den Auslandsadoptionen !

Guatemala, 9. Juni. Das *Nationale Menschenrechtsprokurat* (PGN) plädiert für eine temporäre Suspendierung neuer Adoptionen und gründet sich dabei auf die Besorgnis, die beim internationalen Treffen anlässlich der *Den Haager Konvention über internationale Adoptionen* in eben dieser Stadt in der Niederlande Ende Mai zur Sprache kamen. Im März 2003 hatten die guatemaltekischen Verantwortlichen diese Internationale Konvention ratifiziert.

Nach China, Russland und Korea ist Guatemala das vierte „Zulieferland“, was den Markt der internationalen Adoptionen angeht. Vom Pro-Kopf-Verhältnis ausgehend steht das zentralamerikanische Land sogar an der Weltspitze der Baby-Exporteure. 60% der adoptierten Mädchen und Jungen sind für die USA bestimmt, nur 3% bleiben in guatemaltekischen Familien.

Wenn es nach der US-amerikanischen Regierung ginge, würden, solange Guatemala benötigt, um die Den Haager Konvention zu implementieren, die noch ausstehenden Adoptionswünsche alle noch erfüllt. Doch bislang hat die PGN noch nicht entschieden, ob sie unterschiedlich mit den vor bzw. nach der Konventions-Ratifizierung eingegangenen Anträgen umgehen wird oder nicht.

Seit längerem ist Guatemala wegen Mangel an Transparenz in Bezug auf die Adoptionen zur Zielscheibe schwerwie-

gender internationaler Kritik geworden. Der UN-Sonderbeauftragte für Kinderhandel, -pornographie und -prostitution hatte bereits nach seinem Besuch 1996 dem guatemaltekischen Staat eine Reihe von Empfehlungen vorgelegt, doch nur sehr wenigen von diesen war Folge geleistet worden.

Kanada, Irland, Holland, Spanien

und andere Ländern haben bereits aufgrund von Korruptionsverdachten bei diesen Prozessen Abstand von Adoptionen aus Guatemala genommen. Bleibt zu hoffen, dass das oben genannte Gesetz und die Implementierung der Konvention die Situation bald klärt und dazu beiträgt, das Wohl der Kinder zur Priorität werden zu lassen.

Zum Thema Schule

Guatemala, 2. Juni. Kurz bevor er am 1. Juni in Kraft treten sollte, wurde der Regierungsbeschluss 29-2003 von Vizepräsident Juan Francisco Reyes López Ende Mai aufgehoben. Dies annulliert die von Präsident Portillo im März gefällte Entscheidung, das *System zur Dezentralisierung der Bildung* (SIDE-GE) einzuführen und damit den Eltern die völlige Verantwortung für die Verwaltung der etwa 19 Tausend öffentlichen Schulen im Land zu überlassen. Mit dieser Massnahme plante Portillo nach dem 50 Tage andauernden Streik des nationalen Lehrkörpers (siehe ¡fijáte! 277 ff.) den Bildungsbereich zu sanieren, was von vielen Seiten der Gesellschaft von vornherein als verfassungswidrige Privatisierungsstrategie kritisiert und abgelehnt wurde: Im Art. 71 der *Carta Magna* ist die Staatsverpflichtung zum kostenlosen Bildungsangebot für die Be-

völkerung festgehalten.

Während Reyes López seine Entscheidung dem guten Willen der Regierung zuschreibt und damit die soziale Harmonie gesichert wissen will, ist für Moisés Fuentes, Mitglied der Nationalen LehrerInnenversammlung (ANM) die Beschlussaufhebung als Resultat der Demonstrationsaktivitäten zu bewerten, durch die die LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern ihre Zurückweisung in den letzten Wochen ausgedrückt hatten. Trotz dieses Erfolgs bleiben noch viele gute Gründe für die ManifestantInnen, weiterhin auf die Strasse zu gehen. Schuldet der Staat doch mehr als 1'800 LehrerInnen das Gehalt der vergangenen fünf Monate und steht in Bezug auf die Versorgung mit Schulspeisung, Lehr- und Lernmaterial, Stipendien und vielem anderen schon lange in Verzug.

Wahlbarometer

Guatemala, 7. Juni. Die Basis der URNG (*Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas*) hat die von der nationalen Parteiführung vorgeschlagenen Kandidaten bestätigt: Rodrigo Asturias (Gaspar Ilóm) als Präsidentschafts- und Pablo Ceto Sánchez als Vizepräsidenten-Kandidat. Als AspirantInnen für einen Kongresssitz kandidieren u.a. die Parteisekretärin Alba Estela Maldonado, Wilson Romero (Mitglied der nationalen Parteiführung), Carlos Fuentes (LehrerInnenbewegung), Miguel Sanic Itzep (Indígenaführer) und Sandino Asturias Valenzuela, (Mitglied der nationalen Entminungskommission und Sohn von Rodrigo Asturias).

Einmal mehr betonte die URNG, dass sie sich nicht auf Allianzen einlasse: Es gäbe eine linke Kraft, und das sei die URNG, meinte Parteisekretärin Maldonado. Damit beweist sie einiges an Selbstbewusstsein, wird doch ein Alleingang für die URNG kein Sonntags-spaziergang. PolitologInnen gehen davon aus, dass die etwa 15% "LinkswählerInnen" ihre Stimmen zwischen der URNG und der *Bewegung für eine BürgerInnenrevolution* (MRC) aufteilen werden.

Diese *Bewegung für eine BürgerInnenrevolution* (MCR) ist der Zusammenschluss aller Parteien und Gruppierungen, die die Kandidatur des quetzalttekischen Bürgermeisters Rigoberto Quemé Chay unterstützen. Neben rund 125 Organisationen gehören der MCR die drei sich in Gründung befindenden Parteien *CASA (Zentrum für soziale Aktion)*, *Transparenz* und (seit neustem) die ANN (*Allianz Neue Nation*) an. Die Tatsache, dass *Transparenz* mit von der Partei ist, hat bereits einen ersten Skandal ausgelöst: Der ANN-Kongressabgeordnete Alfonso Bauer Paíz bezeichnete *Transparenz* als eine rechte Partei und hat seinen Austritt aus der ANN sowie seinen Rücktritt aus dem Kongress angekündigt. "Ich habe nichts gegen eine Allianz mit Quemé, aber ich habe Probleme mit einigen Leuten von *Transparenz*, die eine düstere politische Vergangenheit haben".

Allgemein geht man davon aus, dass die Aufnahme der im Jahr 2001 gegründeten *Transparenz* in die MCR in erster Linie finanzielle Gründe hat. Zu ihren Mitgliedern gehören mehrere, dem Portillo-Flügel angehörende Regierungsfunktionäre sowie Militärs und Unternehmer, die eher dem traditionellen denn dem linken Politspektrum zuzuordnen sind. Unter anderem Alfonso Cabrera, Wahlkampagnenleiter der FRG vor vier Jahren.

Am 30. Mai liess die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) ihre Kandidaten für die Präsident- und Vizepräsidentenschaft beim *Obersten Wahlgericht* (TSE) eintragen. Eine Woche zuvor sprach sich die FRG-Basis eindeutig für Efraín Ríos Montt als Präsidenten und Edín Barrientos als Vizepräsidenten aus.

Bereits seit Monaten wird darüber spekuliert, ob eine Kandidatur Ríos Montts legal ist oder nicht, bzw. darüber, ob er genügend Macht auf die zuständigen Gerichte ausüben kann, damit (legal oder nicht) seine Kandidatur angenommen wird. Schon in den Jahren 1990 und 1995 reichte der im März 1982 durch einen Staatsstreich an die Macht gelangte Ríos Montt seine Kandidatur ein. Beide Male wurde sie abgelehnt, da die guatemalteckische Verfassung die Kandidatur eines ehemaligen Putschisten ausschliesst. Eigentlich ein klarer Fall, doch argumentieren die Anwälte von Ríos Montt damit, dass dieser Verfassungsartikel aus dem Jahre 1985 stammt und keine rückwirkende Gültigkeit hat.

Am 6. Juni, dem Tag, an dem Ríos Montt in Totonicapán vor 20 Tausend Personen offiziell seine Wahlkampagne eröffnete, entschied das *Oberste Wahlgericht* erwartungsgemäss gegen ihn. Ebenfalls abgelehnt wurde die Kandidatur von Edín Barrientos, wobei die verantwortlichen Richter betonten, dass es nicht um die Person Barrientos gehe sondern darum, dass er auf der selben Liste stehe wie Ríos Montt.

"Die Richter können die Verfassung nicht lesen, doch wir bleiben dran und werden die notwendigen Berufungen durchziehen, bis wir unser Ziel erreicht haben", war die Reaktion von Ríos Montt auf den negativen Entscheid. Für den ersten Einspruch hat die FRG nur drei Tage Zeit. Doch selbst wenn das Wahlgericht die Kandidatur schliesslich annehmen sollte, drohen die politischen GegnerInnen von Ríos Montt mit rechtlichen Schritten.

In einigen politischen Kreisen ist man der Meinung, dass hinter dem Kandidaturwunsch von Ríos Montt der Plan steckt, sich legalerweise zurückweisen zu lassen, um sich anschliessend als Opfer zu präsentieren, das man aus Angst vor ihm nicht hat teilnehmen lassen. Seine Opferrolle würde ihm eher dazu verhelfen, sich weiterhin auf der politischen Bühne zu bewegen. Alles in allem wird dieser Rechtsstreit wohl einige Monate in Anspruch nehmen. Zudem muss die FRG sich sputen und wohl einiges Geld aufbringen, will sie am 10. September, wenn die Einschreibefrist abläuft, ihre Wunschkandidaten präsentieren können.

Als Verantwortliche für Logistik, in der Kampagnenleitung, als Mitglieder der Parteiführung oder als Kandidaten mischen viele pensionierte Militärs in einzelnen, erfolgsversprechenden Parteien mit und sichern sich so ihren Machteinfluss in der zukünftigen Regierung.

So hat z.B. Oscar Berger, Kandidat der Allianz GANA, den ehemaligen Verteidigungsminister Marco Tulio Espinoza in seiner Kampagnenleitung. Als Allianzpartner hat sich Berger die *Patriotische Partei* (PP) ausgesucht, deren Gründer der pensionierte Oberst Otto Pérez Molina ist.

Alvaro Colóm, Kandidat für die UNE (*Nationale Einheit der Hoffnung*), hat als Sicherheitsberater den ehemaligen Direktor des militärischen Geheimdienstes, Mario Mérida, beauftragt.

Ricardo Bueso, der für die Christdemokraten (DC) kandidiert, hat sich die logistische Unterstützung von Ex-Hauptmann Mauricio López Bonilla und von Ex-General und Verteidigungsminister unter Vinicio Cerezo, Héctor Alejandro Gramajo, geholt.

Die FRG zählt neben ihrem Zugpferd, General Efraín Ríos Montt, noch andere berühmt-berühmte Militärs zu ihren Kandidaten und Unterstützern: Ex-General Luis Felipe Miranda Trejo (aktuell Direktor des Tourismusinstitutes INGUAT), Mauricio Rodríguez (Geheimdienstchef unter Ríos Montt), sowie verschiedene Mitglieder der Vereinigung pensionierter Militärs AVEMIL-GUA.

Gustavo Meoño, Leiter der Rigoberta Menchú-Stiftung, bezeichnet es als eine bewusste Strategie seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen, dass Ex-Militärs sich in politische Projekte und Parteien mischen, um sich so ihren Einfluss sicher zu stellen.

Inzwischen haben die internationalen BeobachterInnen in Guatemala Stellung bezogen, die von der Organisation der Amerikanischen Staaten (OEA) und der EU mit beauftragt sind, den Prozess der Wahlen zu überwachen. Von diesen Organisationen werden auch die Kosten der Wahlbegleitung getragen.

Das TSE bestimmt die Normen für die Akredition der (inter)nationalen BeobachterInnen. Als solche können sich alle Interessierten mindestens 15 Tage vor den offiziellen Wahlen melden. Sie können den gesamten Wahlprozess und die Stimmenauszählung begleiten, müssen jedoch neutral bleiben. Ihre schriftlichen Berichte werden keine juristischen Konsequenzen auf den Wahlprozess haben.